

Die EU 2009 - Überlegungen zum Kampf um eine Alternative

Referat von G. Polikeit auf der Tagung der Marx-Engels-Stiftung am 10.10.2009

Mit der zweiten Abstimmung in Irland am 2. Oktober ist die Inkraftsetzung des Lissabon-Vertrags ein erhebliches Stück näher gerückt. Es gibt zwar noch Hindernisse. Aber ob diese der massiven Pression der EU-Oberen noch lange standhalten werden, ist zweifelhaft. Das heißt, wir müssen uns darauf einstellen, daß der Lissabon-Vertrag im nächsten Jahr definitiv in Kraft gesetzt wird.

Eine größere demokratische Legitimation hat die EU damit allerdings nicht erlangt. Die Ja-Mehrheit kam nur unter der erpresserischen Drohung mit einer totalen wirtschaftlichen und politischen Isolierung Irlands zustande, kombiniert mit trügerischen Scheinzugeständnissen und falschen Versprechungen. Das ist das Gegenteil einer demokratischen Willensbildung der Wählerinnen und Wähler. Und in allen übrigen 26 EU-Staaten haben es die Regierenden erst gar nicht gewagt, diesen Vertrag einem demokratischen Volksentscheid zu unterwerfen. Die miserable Beteiligung bei der letzten EU-Wahl zeigt deutlich, daß die Mehrheit der Menschen sich mit dieser EU nicht identifiziert.

Das läßt zugleich das Potenzial erkennen, das, wenn es mobilisiert werden könnte, den Weg zu einem anderen Europa öffnen könnte.

*

Die in der EU dominierenden Kreise von Politik und Wirtschaft werden die Inkraftsetzung des Lissabon-Vertrags ausnutzen, um der Entwicklung der EU in der bisherigen neoliberalen und von imperialistischen Weltmachtansprüchen bestimmten Richtung einen kräftigen neuen Auftrieb zu geben.

Wir müssen uns darauf einstellen, daß die mit dem Lissabon-Vertrag erneuerte Vertragsgrundlage der EU dazu benutzt werden wird, den Generalangriff auf die Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung auch von den EU-Instanzen her mit aller Macht fortzusetzen. Es zeichnet sich ab, daß die EU ihre Rolle als supranationales Machtzentrum spielen wird, um die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung unter dem Vorwand der Haushaltssanierung und der Bekämpfung der Staatsdefizite voranzutreiben. Die eingeleiteten Sanktionsverfahren gegen derzeit insgesamt 20 EU-Staaten einschließlich Deutschlands wegen Nichteinhaltung des EU-Stabilitätspakts dürften hierfür als Hebel benutzt werden. Die Wiederwahl des neoliberalen Rechten Barroso zum EU-Kommissionspräsidenten für die nächsten fünf Jahre durch eine große Mehrheit im EU-Parlament ist ein Signal, in welche Richtung es gehen soll.

Trotz des in der Wirtschaftskrise sichtbar gewordenen Scheiterns des neoliberalen Wirtschaftsmodells bleibt es dabei, daß im Lissabon-Vertrag nicht nur die „freie Marktwirtschaft mit unverfälschtem Wettbewerb“, also das kapitalistische Wirtschaftssystem generell, sondern in vielen Details ausdrücklich auch die neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik als verbindliche Grundlage für alle EU-Staaten fest- und vorgeschrieben wird. Das bedeutet im Unterschied zum deutschen Grundgesetz und zu vielen anderen europäischen Verfassungen die Festlegung auf den Kapitalismus

als das für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Wirtschaftssystem, was faktisch einem Sozialismus-Verbot gleichkommt.

Zugleich hat der Lissabon-Vertrag zum Ziel, die Rolle der EU als „global player“, als eigenständiges supranationales Machtzentrum mit Weltmachtanspruch neben den USA weiter auszubauen.

Beides hängt miteinander zusammen: die neoliberale Formierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Inneren der EU-Staaten entsprechend den Interessen der dominierenden Großkonzerne und Finanzzentralen - und die Stärkung der Fähigkeit der EU zur weltweiten politischen und militärischen Intervention zur Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten, ökonomischen und politischen Einflussphären und geostrategischen Stützpunkten und internationalen Transportwegen.

Das verbindet sich mit dem Streben nach einem weiteren Abbau der demokratischen Rechte und Einflussmöglichkeiten der Völker, nach dem Ausbau europaweiter Systeme der Bürgerüberwachung und nach der Herausbildung autoritärerer staatlicher Machtverhältnisse in der EU. Die EU-Oberen selbst haben die institutionellen Veränderungen an der EU-Konstruktion, die der Lissabon-Vertrag enthält, damit begründet, daß die EU damit „effizienter“ und „handlungsfähiger“ werden soll. Neben der Festschreibung der neoliberalen Grundausrichtung und des globalen Weltmachtanspruchs mit entsprechender Interventionsfähigkeit zielt der Lissabon-Vertrag deshalb auf die Stärkung und Erweiterung der Machtbefugnisse der zentralen EU-Instanzen. Es ist richtig, daß dies bisher in der linken Kritik noch zu wenig beachtet worden ist. Im Lissabon-Vertrag sind in dieser Hinsicht allerdings wohl nur erste Ansätze in diese Richtung festgeschrieben worden, so die Einführung eines ständigen EU-Ratspräsidenten für zweieinhalb bzw. fünf Jahre und eines EU-Außenministers mit eigenem diplomatischem Dienst, der zugleich Vizechef der EU-Kommission wird und eine Reihe anderer institutioneller Änderungen, die in die gleiche Richtung weisen. Aber es gibt in einzelnen Mitgliedsstaaten nach wie vor erhebliche Widerstände gegen den Ausbau der Machtbefugnisse der EU auch in Teilen der herrschenden Klassen. Selbst das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts zu den „Begleitgesetzen“ hat davon etwas sichtbar gemacht. Es bleibt ein Spannungsfeld zwischen EU-Befugnissen und nationalstaatlichen Interessen auch weiterhin bestehen. Die generelle Tendenz der Entwicklung bestätigt meiner Ansicht nach jedoch die Einschätzung, daß die wirtschaftliche und politische Dynamik die EU dazu drängt, „sich den Kern eines supranationalen Staatsapparats zu verschaffen“, wie sie im Parteiprogramm der DKP formuliert ist.

Es gibt also mit dem Blick auf den Lissabon-Vertrag keinen Zweifel: Die EU ist und bleibt ein Instrument im Dienst der Profit- und Machtinteressen des in Europa ansässigen und von Europa aus transnational und weltweit agierenden großen Kapitals, der europäischen Industrie- und Finanzkonzerne. Die EU hat sich zu einem eigenständigen ökonomischen, politischen und militärischen Zentrum neben den USA entwickelt und wird zu einer global agierenden imperialistischen Weltmacht neben den USA ausgebaut.

Diese Einschätzungen des Klassencharakters der EU, die ebenfalls im DKP-Parteiprogramm zu finden sind, bleiben meines Erachtens unverändert richtig und weiter gültig. Das ist ein entscheidender Unterschied zu allen „europositiven“ oder „eurokonstruktiven“ Herangehensweisen, wie sie vielfach in anderen Teilen der Linken, besonders auch in der Partei „Die Linke“, aber nicht nur da, sondern auch bei Attac, in

Sozialforen und nach wie vor auch in einigen anderen kommunistischen Parteien wie etwa der FKP zu finden sind.

*

Um so wichtiger ist die Frage nach der Alternative zu dieser EU.

Dabei ergibt sich die Frage, wie wir uns gegenüber anderen linken Kräften verhalten sollen, die diese klassenmäßige Einschätzung der EU nicht teilen, aber in der einen oder anderen Weise gleichfalls für ein „anderes Europa“, für ein „besseres Europa“ oder ein „soziales Europa“ eintreten.

Das Spektrum dieser Kräfte ist sehr breit. Es reicht von christlichen Kreisen über Sozialdemokraten, Gewerkschaften und globalisierungskritische soziale Bewegungen bis zur Linkspartei. Auch der „Europäische Gewerkschaftsbund“ fordert ein „soziales Europa“.

Natürlich handelt es sich dabei, soweit es nicht um reine Augenwischerei geht, in aller Regel um reformistische Konzepte, um Konzepte einer mehr oder weniger schrittweisen „Verbesserung“ der EU, um Konzepte ihrer allmählichen „Transformation“ zu einem „anderen Europa“.

Müssen wir zur Bekämpfung reformistischer Illusionen und zur Bekräftigung unserer eigenen revolutionären Identität den Schwerpunkt nun darauf legen, den „illusionären Charakter“ solcher Vorstellungen zu betonen? Denn natürlich kann es aus marxistischer Sicht ein „soziales Europa“ auf kapitalistischer Grundlage, also einen „sozialen Kapitalismus“ eigentlich nicht geben. Zumindest heute nicht mehr. Die Zeiten des „Sozialstaatskompromisses“ der Nachkriegszeit sind unter den heutigen Bedingungen nicht wiederholbar. Ein wirklich „soziales Europa“ kann letztlich nur ein sozialistisches Europa sein. „Soziale Gerechtigkeit“ ist letztlich nur realisierbar, wenn die Orientierung des Wirtschaftslebens am größtmöglichen Kapitalprofit grundsätzlich abgeschafft wird – und das geht nur bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln als vorherrschende Eigentumsform in der Wirtschaft anstelle von privatkapitalistischem Eigentum.

Oder aber greifen wir die Forderung nach einem „sozialen Europa“, obwohl damit reformistische Illusionen verbunden sind, dennoch positiv auf, indem wir konkrete Forderungen im Sinne einer „sozialeren“ Gestaltung des heutigen Kapitalismus entwickeln, aufgreifen und unterstützen und vor allem auf die Entwicklung umfassender Klassenkämpfe und außerparlamentarischer Bewegungen im breiten Bündnis der verschiedensten linken und demokratischen Kräfte für die Durchsetzung solcher Forderungen orientieren? Und zwar in der Erkenntnis, daß sich das Klassen- und Massenbewusstsein der Menschen am besten anhand eigener Erfahrungen in konkreten Bewegungen und Aktionen entwickelt. Solche konkreten Forderungen sind in Bezug auf die EU beispielsweise in den „Acht Forderungen der DKP zur Wahl des Europäischen Parlaments“ formuliert worden. Also Kampf für die europaweite Einführung von Mindestlöhnen, für eine von der Dominanz der kapitalistischen Energiekonzerne befreite europäische Energie- und Klimapolitik, für eine EU-Direktive zur Arbeitszeitverkürzung statt zur Arbeitszeitverlängerung usw. Ich meine, daß diese Forderungen nach der Wahl nicht einfach zu den Akten gelegt und vergessen werden sollten, sondern wir aktuelle EU-politische Aussagen und Standpunkte weiterhin daran

orientieren und jede Art von Bewegungen und Kampfkationen für ihre Durchsetzung unterstützen sollten.

Ich bin der Meinung, daß diese letztere Herangehensweise nicht nur mit der strategischen Orientierung übereinstimmt, die im DKP-Programm festgehalten ist, sondern auch den Erfahrungen der Arbeiterbewegung insgesamt und der marxistischen Erkenntnis über das dialektische Verhältnis von Reform und Revolution entspricht, wie sie von Marx und Engels, von Lenin und Rosa Luxemburg theoretisch erarbeitet und auch in der Praxis verwirklicht worden ist.

Eine Frage, mit der wir dabei konfrontiert sind, lautet, ob die EU denn überhaupt reformierbar sei. Mir scheint, daß diese Frage im Prinzip identisch ist mit der Frage, ob der Kapitalismus reformierbar ist. Und die richtige Antwort darauf lautet meiner Meinung nach: Ja und Nein.

Zweifellos haben die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, die Arbeiterparteien in der Geschichte des Kapitalismus zahlreiche Reformen durchgesetzt – etwa den Acht-Stunden-Tag oder das allgemeine Wahlrecht.

Aber alle Fortschritte mussten von unten in großen Kampfkationen durchgesetzt werden. Nur wenn der Druck der Massen genügend groß war und die Herrschenden die Gefahr sahen, daß ihnen die Herrschaft über die Massen entgleiten könnte, fanden sie sich zu Zugeständnissen bereit.

Und dennoch blieben alle diese Reformen nur Reformen innerhalb gewisser Grenzen. Grundlegende Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus wie etwa die Aneignung der Früchte der gemeinsamen gesellschaftlichen Arbeit durch die privaten Kapitalbesitzer oder die ungerechte Verteilung des erarbeiteten Reichtums konnten damit nicht überwunden werden. Deshalb wird in dem gemeinsamen Appell von 18 kommunistischen und linken Parteien zur EU-Wahl, der interessanterweise auch von der deutschen Partei „Die Linke“ unterzeichnet worden war, zu Recht festgestellt: „Der Kern des Kapitalismus kann nicht reformiert, reguliert, humanisiert werden“.

Das bedeutet aber meines Erachtens: Der Kampf gegen weiteren Sozial- und Demokratieabbau, gegen die weitere Militarisierung der EU, für konkrete soziale Verbesserungen und demokratische Reformen sowohl innerhalb der einzelnen Nationalstaaten wie auch auf der Ebene der EU insgesamt ist gerade heute der Schlüssel für weitergehende Ziele. Die Organisation des Kampfes für diese Forderungen und Ziele muß in der heute gegebenen politischen Situation absoluten Vorrang haben. Das Ziel dabei ist eine reale Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen - aber zugleich die Formierung von antiimperialistischen und antikapitalistischen Gegenkräften und die Herausbildung gesellschaftlicher Allianzen, die an eine über den kapitalistischen Horizont hinausweisende Entwicklung in Europa heranführen können.

Es ist illusionär zu glauben, daß allein durch gute Argumente und rein parlamentarische Aktivitäten etwas in diesem Sinn erreicht werden könnte. Ein „soziales Europa“, wie es die Gewerkschaften fordern, kann heute nicht mehr auf dem Weg sozialpartnerschaftlicher „Kompromisse“ erreicht werden. Es kann nur durch starke außerparlamentarische Aktionen, die große Teile der Bevölkerung einbeziehen, durchgesetzt werden, und zwar im Konflikt mit den heute die EU beherrschenden

Kreisen.

Nur so kann meines Erachtens eine grundlegende Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse innerhalb der einzelnen EU-Staaten und damit auch innerhalb der EU als Ganzes erreicht werden, die den Weg zu einem neuen Anlauf zum Sozialismus in Europa öffnen könnte.

*

In diesem Zusammenhang auch noch einmal etwas zur Forderung nach dem „Austritt aus der EU“ - wobei ich hier ausdrücklich nur von den Verhältnissen und Bedingungen in Deutschland ausgehe.

Die Unzulänglichkeit der Austritts-Forderung ergibt sich schon daraus, daß sie offen läßt, was danach kommen soll. Gerade deshalb ist sie mit nationalistischen und ausländerfeindlichen rechtsextremistischen Bestrebungen kompatibel.

Für das „Normalverständnis“ impliziert die Austritts-Forderung zumindest hierzulande nun einmal die Vorstellung von einer Rückkehr zu dem, was vorher war. Also die Rückkehr zum kapitalistischen und imperialistischen Nationalstaat Deutschland. Das kann nicht unser Ziel sein.

Es ergibt sich aber auch die Frage, wie sich ein solcher Austritt denn real vollziehen könnte. Beschlossen werden müsste er ja wohl durch die Bundesregierung und eine entsprechende Mehrheit im Bundestag. Das heißt, die Forderung ist jedenfalls heute völlig unrealistisch. Denn die EU, so wie sie heute ist und sich auf der Basis des Lissabon-Vertrags weiter entwickeln soll, entspricht nun einmal den Interessen der bei uns herrschenden Kreise in Wirtschaft und Politik – sie wollen und brauchen die EU zur Verwirklichung ihrer Klasseninteressen nach innen und außen. Ein Austritt aus der EU müsste also gegen den herrschenden Block durchgesetzt werden. Das hätte eine grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse zur Voraussetzung - mindestens die Herausbildung einer „links-demokratischen“ Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung, und in der Folge dann auch entsprechende Veränderungen auch auf parlamentarischer und Regierungsebene. Davon sind wir heute sicher noch weit entfernt.

Doch selbst wenn wir hypothetisch annehmen, daß dies in absehbarer Zeit erreichbar wäre: Was würde folgen? Es ergäben sich hunderte von Fragen, die geregelt werden müssten. Zum Beispiel: Bedeutet der Austritt aus der EU auch den Austritt aus dem „gemeinsamen europäischen Markt“ und aus der Europäischen Zentralbank einschließlich der Wiederabschaffung des „Euro“? Sollen statt des jetzt praktizierten weitgehend freien grenzüberschreitenden Waren-, Kapital- und Personenverkehrs wieder Zoll- und Grenzkontrollen eingeführt werden?

Dabei wäre auch zu beachten, daß das nicht allein von der deutschen Seite abhängen würde. Die EU grenzt den EU-Binnenmarkt bekanntlich durch hohe Außenzölle gegenüber Drittstaaten ab - es sei denn, es sind dazu, wie etwa im Fall der Schweiz, gesonderte Vereinbarungen abgeschlossen worden.

Wie also würden die EU und darüberhinaus die NATO ihrerseits auf eine solche Linkswende in der deutschen Politik reagieren? Würden sie das einfach hinnehmen? Das ist nicht anzunehmen.

Ich erwähne diese Fragen, weil daran deutlich wird, daß die EU inzwischen eben mehr ist als eine Fiktion und auch mehr als ein politischer Apparat in Brüssel. In den vergangenen Jahrzehnten sind reale ökonomische und politische Verflechtungen zwischen den EU-Staaten entstanden, die nicht so ohne Weiteres einfach wieder rückgängig zu machen sind.

Kernpunkt der Überlegungen bleibt aber, daß diese ganze Perspektive real nur durchsetzbar wäre im Ergebnis einer umfassenden Veränderung der Kräfteverhältnisse in unserem Land. Und da ergibt sich die Frage, ob es wahrscheinlich ist, daß sich eine solche Veränderung allein und isoliert in Deutschland vollziehen wird, während rundum die Verhältnisse so bleiben, wie sie bisher waren. Ich halte das für eine eher unwahrscheinliche Perspektive. Wahrscheinlicher ist, daß sich ähnliche Linksentwicklungen auch in anderen EU-Staaten vollziehen, vielleicht sogar vor einer solchen in Deutschland. Also würden sich wahrscheinlich - was sehr zu hoffen ist und anzustreben wäre - auch in unserer Nachbarschaft im Ergebnis von Massenbewegungen neue „linksdemokratische“ Mehrheits- und Machtverhältnisse herausbilden. Wenn das aber so ist: Welches Verhältnis sollen diese neuen demokratisch und links regierten Staaten dann zueinander entwickeln?

Meiner Meinung nach zeigen die Entwicklungen in Lateinamerika deutlich, daß sich rasch die Notwendigkeit einer engen ökonomischen und politischen Zusammenarbeit und auch der Herausbildung entsprechender Strukturen auf übernationaler Ebene ergeben würde. Natürlich könnte dafür nicht der heutige EU-Vertrag die rechtliche Grundlage bleiben. Ein neuer Inhalt und eine neue Struktur der Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage braucht auch eine neue, von völlig anderen Prinzipien bestimmte Vertragsgrundlage. Aber es ginge nicht ohne eine entsprechende Struktur auf überstaatlicher Ebene - und wenn man so will, wäre das doch wohl eine „Europäische Union“ mit völlig anderem politischen Inhalt und auf anderer gesellschaftspolitischer Grundlage.

Der Kernpunkt dieser sicher sehr hypothetischen Überlegungen ist aber, daß eine grundlegende Veränderung der heutigen politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse die Voraussetzung für jede Art von alternativer Perspektive in Sachen EU ist. Die Entwicklung realer Bewegungen und Kämpfe, die zu einer solchen Veränderung der Kräfteverhältnisse führen könnten, ist also die zentrale Frage jeder politischen Alternative und deshalb die wichtigste gemeinsame Aufgabe für alle, die an eine alternative Entwicklung heranzuführen und sie voranbringen wollen..

Es heißt deshalb meiner Ansicht nach im DKP-Programm nach wie vor zu Recht:

„Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluß auf deren Entscheidungen zu gewinnen“.

Ich meine, daß wir unsere Politik in Sachen EU weiterhin daran orientieren sollten.